

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



An der Decke des Landratssaals.
Foto Harald Friedl.

Inhalt

Abschied Eveline Rommerskirchen	2-3
Der Freundeskreis der Grünen BS	3
Interview mit Erik Rummer (IWB)	4-5
Seminar Fusionsinitiative	6
Aus dem Rathaus - Tram Erlenmatte	7
Zum Nachlesen - Das Tunneldorf	8
jgb - Abstimmung Geschlechterquote	9
Nationale Abstimmungen 9. Feb.	10-11
Wahlkampf Riehen	11
Infomarkt und Varia	12

Interview IWB – Zweiter Teil
Seminar Fusionsinitiative
Abstimmungen 9. Feb. 2014

Merci, Eveline

Mitte 1998 übernahm Eveline Rommerskirchen die Leitung unseres Sekretariats und war rund 15 Jahre lang Ansprechpartnerin für unsere Mitglieder. Als erste Sekretärin der Grünen Basel-Stadt hat sie viel Aufbauarbeit geleistet und sich mit grossem Engagement um ihre Aufgaben gekümmert. Per Ende 2013 hat sie nun das Sekretariat verlassen. Ein Gespräch mit Eveline kurz vor dem letzten Arbeitstag.



15 Jahre im Seki der Grünen Basel-Stadt: Eveline Rommerskirchen. Foto Harald Friedl.

Eveline, vor 15 Jahren hast du die erste Stelle der Grünen Basel-Stadt übernommen. Wie kam es dazu und wie muss man sich das Sekretariat damals vorstellen?

Ich habe zu dieser Zeit eine 20- bis 30 Prozent-Stelle gesucht und bin auf diese Ausschreibung in der Zeitung gestossen. Für die Grünen BS war dies die erste bezahlte Stelle. Ich war noch nicht Mitglied bei den Grünen und habe dies natürlich sofort geändert, als ich die Stelle bekam. Ein Sekretariat gab es zu jener Zeit eigentlich nicht. Wir hatten einen Raum im Kleinbasel, wo wir Sitzungen abhalten und Dokumente ablegen konnten, es war mehr ein Archiv. Die Korrespondenz erstellte ich mit meinem privaten Computer von zu Hause.

Wie war es denn die Parteiarbeit vor deiner Anstellung geregelt?

Es lief alles ehrenamtlich. Verschiedene aktive Mitglieder wie etwa Peter Schiess, Antoinette Gelzer oder Marianne Schmid haben die notwendigen Arbeiten zu Hause erledigt oder in unserem Arbeitsraum gewirkt. Wahrscheinlich machten das meiste die Präsidentinnen und Präsidenten. Ich muss auch sagen, dass zu meiner Anfangszeit in etwa gleich viele Grüne aktiv waren wie heute.

Auch die Arbeitsorte wechselten.

Ja, die ersten Jahre arbeitete ich vor allem von zu Hause aus. Dort stand mein privater Computer und Drucker zur Verfügung. Es war nicht immer leicht, Arbeit und Privates zu trennen. Die erste Professionalisierung kam mit der ersten Geschäftsstelle an der Greifengasse 7, die wir Anfang 2008 bezogen. Dieses sehr

zentrale Büro stellte uns Markus Ritter zu sehr guten Konditionen zur Verfügung. Die Geschäftsstelle hat in meiner Arbeit viel verändert. Ich hatte einen auswärtigen Arbeitsort und konnte erstmals Leute empfangen. Mitte 2011 kam dann der Umzug an die Güterstrasse 83, wo wir zusammen mit den Grünen Baselland die Geschäftsstelle haben. Die Grünen BL waren damals noch in der Situation, dass ihr Sekretär von zu Hause aus arbeitete und es war von beiden Seiten ein grosser Wunsch zusammen eine Geschäftsstelle zu teilen. Das hat sich sehr bewährt, wir haben eine gemeinsame Kultur geschaffen.

Nun gibst du dein erstes Interview im Grünen Pfeffer, den du gegründet hast.

Der Grüne Pfeffer war mein erstes Projekt bei den Grünen. Die Schaffung eines Informationsbulletins war der Wunsch von Geschäftsleitung und Vorstand, um unsere Mitglieder besser und regelmässig informieren zu können, und schon immer ging es auch darum, besser wahrgenommen zu werden und damit auch mehr Mitglieder zu gewinnen. Den Grünen Pfeffer habe ich Ende 1998 lanciert und zuerst fast alles in Eigenregie gemacht in Word. Im stets aktiven Vorstand wurden die Themen festgemacht und Texte geschrieben. Zum Glück kamen neue Leute dazu, die am Pfeffer mitarbeiten wollten, so dass ich mich vor 2 Jahren aus der Redaktion zurückziehen konnte. Das Heft kam immer viermal jährlich heraus, das hat überlebt. Vorher gab es nichts Derartiges. Wir veranstalteten Mitgliederversammlungen und im Vergleich zu heute hatten wir

Impressum

grüner pfeffer –
Informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Güterstrasse 83, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33,
sekretariat@gruene-bs.ch,
www.gruene-bs.ch
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4-mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Philippe Bovet (bov), Harald Friedl
(hafr), Martin Stohler (sto)

Druck: Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 04 |
November 2013

mehr Informationsveranstaltungen und Podien.

Du vertrittst die Grünen ja nicht nur im Seki, sondern auch im Grossen Rat. Wann wurdest du gewählt?

Ich habe gleich bei den ersten Wahlen nach meiner Anstellung kandidiert. Das war bei den Wahlen 2000. Ich wurde erste Nachrückende in meinem Wahlkreis und konnte 2002 für Ueli Mäder nachrücken. Wahrscheinlich hat mir die Anstellung im Sekretariat geholfen, das hat sich als grosser Vorteil für mich herausgestellt. Für mich war es kein Problem, gleichzeitig ein politisches Amt und eine Anstellung auf dem Sekretariat zu haben. Klar gab es Vermischungen, aber für mich war das kleine Pensum günstig. Wahrscheinlich arbeitet man in dieser Konstellation zu viel; ich schrieb bei Sitzungen jeweils das Protokoll, was ich nicht als Arbeitszeit aufschrieb, da ich als Grossrätin anwesend war. Das Anstrengendste war, dass ich prak-

tisch an allen Sitzungen dabei war, weil ich ja die Protokolle verfasste. Aber damit hatte ich keine Mühe.

Und der Zeitpunkt des Abgangs?

Die Geschäftsstelle benötigte durch die Professionalisierung zunehmend mehr Stellenprozent und es kamen neue Herausforderungen auf mich zu wie neue IT-Programme. In einem Prozess vor zwei Jahren hat die Geschäftsleitung beschlossen die Geschäftsstelle auf 50 Prozent zu erhöhen. Seit März 2012 verstärkt Oliver Thommen das Seki mit 30 Stellenprozenten. Damit er auf genügend Einkommen kommt, übernimmt er jetzt die ganzen 50 Stellenprozent. Ich wollte sowieso meine Anstellung auf Ende 2014 aufgeben, denn mein Mann wird dann pensioniert, und das gibt uns mehr Freiräume für gemeinsame Unternehmungen. Jetzt gehe ich ein Jahr früher aufgrund dieser Konstellation. Für mich ändert sich vom Zeitaufwand her nicht viel. Seit diesem Jahr bin ich

in der Finanzkommission des Grossen Rates, was ein zusätzlicher Aufwand bedeutet. Daher habe ich nicht plötzlich viel mehr Zeit, sondern es hat sich einfach verschoben vom Sekretariat zur Kommission.

Gibt es Höhepunkte aus den letzten 15 Jahren?

Für mich war die Entwicklung des Sekretariats hin zur gemeinsamen Geschäftsstelle mit den Grünen Baselland an der Güterstrasse das Wichtigste. Es ist sehr gut, wenn man geeignete Räumlichkeiten besitzt, wo der Dialog stattfinden kann, auch mit dem jungen grünen Bündnis. In der Greifengasse war es noch viel ruhiger. Man kann auch viel voneinander lernen – das mit dem Büro ist eine gute Sache.



Das Interview führte:
Harald Friedl
Vizepräsident Grüne
Basel-Stadt

Der Freundeskreis der Grünen Basel-Stadt an der IBA

Dem Freundeskreis gehören Personen an, die den Grünen Basel-Stadt einen Beitrag von jährlich mindestens 600 Franken überweisen. Als Dank für diese grosszügige Zuwendung organisieren wir jedes Jahr einen Anlass mit anschliessendem Apéro für unsere Freundeskreis-Mitglieder. Die Gespräche und Diskussionen bei einem Glas Wein oder Orangensaft erweisen sich als grosse Bereicherung für uns alle.

Dieses Jahr waren wir im Oktober zu Besuch bei der Projektschau 2013 der «Internationalen Bauausstellung Basel 2020» (IBA Basel). Die IBA Basel will die gemeinsame Verantwortung für die Agglomeration in Projekten, Gebäuden, Infrastrukturen und Landschaftsräumen konkretisieren und Anstösse für eine grenzüberschreitende Kooperationskultur liefern: «Au-delà des frontières, ensemble - Gemeinsam über Grenzen wachsen». Die IBA Basel unterstützt und beschleunigt



Freundeskreis- und Vorstandsmitglieder lauschen gemeinsam den Ausführungen von Martin Jann. Foto Mirjam Ballmer.

den Transfer von der Strategie- und Diskursebene auf die praktische Ebene. Finanziert wird die IBA Basel von 18 Gebietskörperschaften (Gemeinden, Kantone etc.) im Dreiland.

Der Geschäftsführer der IBA Basel 2010, Martin Jann, führte uns exklusiv durch die 43 für die Weiterbearbeitung ausgewählten Projekte. Dabei konnten wir die vielen

spannenden Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kennen lernen und sehen, wo in unserer Region in Zukunft Spannendes entstehen könnte. (hafr).

Weitere Infos zur IBA unter:
<http://www.iba-basel.net/de/>
Willst Du Mitglied im Freundeskreis werden? Unser Sekretariat gibt gerne Auskunft: 061 383 98 33 oder sekretariat@gruene-bs.ch

IWB: heute, morgen und übermorgen Teil 2

Im letzten Heft konnten Sie den ersten Teil des Interviews mit Erik Rummer – Projektleiter Kommunikation IWB – lesen. Hier kommt wie versprochen die Fortsetzung.

Das Fernwärmenetz nach St-Louis zu erweitern, wäre das für die IWB nicht eine interessante Abnahmeoption?

Wir versuchen das Netz zu erweitern, aber primär im Kanton Basel-Stadt. Vor Kurzem haben wir zwei grosse Areale, das Dreispitz- und das Grosspeter-Areal, neu erschlossen. Dabei sind für uns vor allem Kunden interessant, die auch im Sommer Bedarf an Wärme haben. Unsere Anlage ist eigentlich mit ihrer Kapazität von über 200'000 Tonnen Müll pro Jahr ausgelastet.

Was passiert mit dem Müll aus St-Louis, wird er nach Mulhouse oder Strasbourg gebracht? Wäre es regional gesehen nicht klüger, dass er nach Basel kommt?

Die Kehrrichtverwertungsanlage in Basel ist eine regionale Anlage. Sie wurde gebaut, um den Müll aus der Region Basel und Lörrach in einer gemeinsamen Anlage zu verwerten, da man auf deutscher Seite keine solche errichten wollte. Wir bekommen auch Müll von einigen wenigen französischen Kunden, es sind aber sehr kleine Mengen.

Zurück zum Strom. In den letzten Jahren ist der Stromverbrauch in Basel-Stadt leicht gesunken. Das ist sehr zu begrüssen, da die am einfachsten zu erzeugenden kWh die eingesparten sind. Wie soll es weitergehen mit der Verbrauchsreduktion?

Wie Sie sagen, für uns als Stromproduzent sind die Kilowattstunden, die wir zusätzlich zu unserer eigenen Produktion beschaffen müssen, die teuersten. Wir merken, dass generell die Stromwendungen mehr werden, mit E-Bikes, E-Autos, Handys etc. Fernseher zum Beispiel werden zwar effizienter, aber inzwischen gibt es oft 2 oder 3 davon in jedem Haushalt. Auch der Kühlschrank ist effizienter, aber auch grösser gewor-

den. Die Wohnungsgrösse steigt und damit die Beleuchtung, die Zahl der Geräte, der Standby...

Reichen denn die Flyer, die Sie verschicken, sowie die Texte in der Kundenzeitschrift 'Energie und Wasser' aus, um Leute drauf aufmerksam zu machen? Wie machen Sie es mit Ihren Grosskunden?

Grosskunden sind natürlich sehr kostenbewusst, darum sind viele Unternehmen bereit, Energieeffizienzmassnahmen umzusetzen. Sie senken damit direkt ihre Energierechnung. Allerdings fehlt manchmal das nötige Kapital, um in solche Massnahmen zu investieren. Diesen Unternehmen bieten wir Contracting. Dabei übernehmen wir die komplette Energieversorgung für das Unternehmen und finanzieren eine neue, effiziente Anlage. Wir verkaufen dann zwar weniger Energie, haben aber dafür eine langfristige Beziehung zu unserem Kunden und verdienen an Service-Leistungen. Im Rahmen von Einspar-Contractings finanzieren wir sogar nicht nur die Energieanlage, sondern auch weitergehende Energieeffizienzmassnahmen. Wir haben einen Fall gehabt mit einer Laserschneidemaschine, die viel Abwärme produzierte. Damit diese Maschine exakt schneidet, muss sie kühl bleiben. Diese kam vom Hersteller mit einer integrierten Kühlung. Der Kunde hatte die dazu passende Stromrechnung. Wir haben die Maschine auseinandergenommen und können nun mit der Abwärme des Geräts das Gebäude heizen. Der Firmeninhaber war aufgeschlossen genug, um zu akzeptieren, dass andere Leute an seine Lasermaschine rangehen.

Die steigenden Energiekosten bringen also die Betriebe dazu, sich Gedanken über die Energiekosten zu machen. Bei den Privatkunden ist es aber nicht so.

Bei den Privatkunden gibt es kein vergleichbares Kostenmanagement. Man vergleicht die Preise für ein neues Gerät. Wenn das Geld dafür da ist, wird es gekauft. An die Betriebskosten denkt kaum



Erik Rummer, Projektleiter Kommunikation IWB.

jemand. Bei den Firmen läuft es anders. 300 Franken für eine detaillierte Energieberatung auszugeben rentiert sich für ein Unternehmen sehr schnell.

Der Privatkunde versucht vielleicht 2 oder 3 Mal eine Glühbirne durch eine Sparbirne zu ersetzen, kauft Sparbirnen, aber die eine war zu gross, die andere zu lang, die dritte zu hell und beim IWB-Kundenzentrum kann er keine kaufen. Er traut sich nicht, den Standby seiner TV-Anlage abzuschalten, weil er fürchtet, Daten zu verlieren und, verbraucht am Ende mehr, obwohl er für das Gegenteil bereit wäre. Warum kann er von der IWB keine Beratung für seinen Haushalt bekommen? Dazu sagt jeder gute Energieberater, dass es nicht schwierig sei, privat den Stromverbrauch um 20–30 Prozent zu reduzieren.

Wir bieten dem Privatkunden Beratung im Kundenzentrum, aber nicht bei ihm zu Hause. Wir versuchen mit unserer Zeitschrift 'Energie und Wasser' viermal im Jahr diese Themen anzusprechen und neue, energieeffiziente Produkte vorzustellen. Wer das Gefühl hat, die Energierechnung sei zu hoch, kann zu uns kommen, und wir analysieren die Rechnung zusammen. Ich kann bestätigen, 20 oder 30 Prozent Strom sparen ist bei den meisten möglich. Aber effizienter ist die Beratung von Geschäftskunden: Mit einer Stunde

Beratungszeit kann ein viel grösseres Einsparpotenzial gefunden werden als im Privathaushalt mit einem vergleichsweise kleinen Energieverbrauch. Im Gesamtsystem betrachtet, ist die Beratung eben dort am wirkungsvollsten, wo viel Energie verbraucht wird.

Das Signal sollte also vom Grossen Rat kommen?

Wenn es entsprechende politische Vorgaben gibt, setzen wir die selbstverständlich um.

Freiburg im Breisgau und Basel sind zwei vergleichbare Städte. Beide sind punkto erneuerbare Energien sehr engagiert. Das Freiburger Stadtbild ist ener-



Am Birskanal (St.-Albanteich) bei der Papiermühle. An diesem historischen Ort gab es einst viele Wasserräder. Hier prüfen die IWB, ob neue Kleinwasserkraftwerke gebaut werden können. Dies würde zwar jeweils nur eine kleine Leistung erbringen, aber gesammelte Kleinbeträge können einen Unterschied machen. Übrigens: die Energie des Wasserrades hier im Bild wird tagsüber benutzt, dreht nachts aber ins Leere. Foto Philippe Bovet.

getisch mit sieben Windrädern und circa zehn Kleinwasseranlage geprägt. Basel hätte die Möglichkeit, Ähnliches zu tun. Wann werden wir so weit sein?

Das Amt für Umwelt und Energie hat eine Potenzialstudie zur Kleinwasserkraft im Kantonsgebiet gemacht. Leider gibt es hier wenige Stellen, die sich für eine Nutzung eignen. Wir sind dran, es zu prüfen. Wir würden kleine Gewässer nutzen wie den Birsigkanal, der zur Papiermühle führt und wo schon Mühlen standen. Es sind jedoch nur kleine Projekte möglich. Zur Windenergie: Wir haben die Windgeschwindigkeit auf der Chrischona gemessen. Sie ist zu gering, um dort Windenergieanlagen zu betreiben. Potenzial gibt es in der Nähe, beispielsweise auf dem Chall oberhalb Röschenz.

Es gab vor einigen Jahren aus Holland das Konzept 'zero energy street', wo verschiedenen Gebäude einer Strasse Strom oder Wärme produzieren und speichern und dann diese Mengen untereinander verteilen. Sind ähnliche Projekte in Basel für die Zukunft geplant? Es gibt z.B. das Projekt Wettstein 21, um das Quartier autark zu machen, die Idee kommt vom Quartierverein.

Es gab noch keine offiziellen Kontakte zwischen uns und dem Quartierverein, aber die Stossrichtung stimmt mit dem überein, was wir in Basel planen. Dezentrale Energie ist unsere Marschrichtung. Autark versteht sich natürlich im Jahresdurchschnitt. Ein Quartier als Energieinsel wird es nicht geben. Wir stellen beispielsweise bei Solaranlagen fest, dass es eine Vorbildwirkung gibt: Wenn der eine beginnt, eine eigene Anlage zu installieren, dann ziehen die Nachbarn nach. Es wird drüber gesprochen, die Leute verlieren ihre Hemmungen, die Unkenntnis nimmt ab und die Bereitschaft steigt.

Müssen sich die IWB an den immer wieder erwähnten notwendigen europäischen Netzausbau beteiligen?

Finanziell nein. Der europäische Netzausbau ist aber nötig. Man muss dort ausbauen, wo die erneuerbaren Energien verfügbar sind, beispielsweise an den Küsten. Dann muss aber der dort produzierte Strom auch zu den Verbrauchern transportiert werden können. Das Gleiche im Süden Europas, wo die Fotovoltaik sinnvoll ist. Hierfür braucht es eine andere Netztopologie als für Grossanlagen, wie sie AKWs oder Kohlekraftwerke darstellen. Diese waren sehr zentralistisch oder sternförmig. Die Zukunft ist eher dezentral. Und bei den Netzkapazitäten gibt es langfristige Verträge, die das Netz blockieren, z.B. beim Atomstrom, der von Frankreich in die Schweiz geliefert wird. Der Platz, der für erneuerbare Energie auf den bestehenden Leitungen zur Verfügung steht, ist gering. Da fordern wir, dass Netzkapazitäten den erneuerbaren Energien diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen. Im Moment ist es so, dass die Kapazitäten fehlen und die Grenzkapazitäten versteigert werden. Damit entstehen hohe Preise für die restlichen Kapazitäten, d.h. für den sauberen Strom.

Aber wird die Notwendigkeit des Netzausbaus nicht übertrieben nach dem Motto: wenn die notwendigen Kapazitäten nicht da sind, gibt es keine Energiewende?

Wir sind der Ansicht, dass die europäischen Transportnetze ausgebaut werden müssen. In den lokalen Netzen kann man aber noch viele kleine Anlagen installieren, ohne dass ein Ausbau notwendig ist. Und klar, die Schreckensszenarien, die behaupten, dass ohne Netzausbau nichts gemacht werden kann, sind oft übertrieben, und da muss man schauen wer diese propagiert.

Der Text wurde von Erik Rummer gegengelesen.



Die Fragen stellte
Philippe Bovet
freier Journalist
Vorstand
Grüne Basel-Stadt

Die Kantonsfusion als Thema eines Seminars der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Mit diesem Beitrag setzen wir unsere Reihe der Vorstellung grüner PolitikerInnen aus dem Nachbarkanton fort. Dieses Mal überlassen wir die Berichterstattung zur einer gemeinsam mit unseren KollegInnen aus dem Baselbiet durchgeführten Veranstaltung zur Kantonsfusion in Liestal, einer Grünen aus Sissach. Regina Werthmüller-Tschopp ist seit 2011 Landrätin der Grünen. Begonnen hat sie ihre politische Laufbahn bei der Stechpalme, einer kleinen, den Grünen nahe Partei. Für diese sitzt sie seit 2008 in der Gemeindekommission Sissach.

Nein, es war noch nicht der Verfassungsrat, der am letzten Novembertag des Jahres 2013 im Landratsaal in Liestal zum ersten Mal zusammentrat. Es waren vielmehr rund 40 Mitglieder der Grünen Baselland und der Grünen Basel-Stadt, die sich in einem «Seminar zur Fusionsinitiative» zum gemeinsamen Nachdenken über die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft der beiden Basel trafen.

Der grüne Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott erzählte in seinem Eingangsreferat die Geschichte der Wiedervereinigung, die gegenwärtig in erster Linie als eine Geschichte der gemeinsamen Vergangenheit, der Trennung und der eben noch nicht gelungenen Wiedervereinigung daherkommt. Es war deshalb vor allem Linie ein Baselbieter Blick in die Geschichte, der deutlich machte, wie ambivalent die Baselbieter Haltung zur Stadt schon immer war. So begann das 20. Jahrhundert zunächst fusionsfreundlich, doch kippte die Stimmung spätestens im Laufe der 1960er-Jahre, sodass die von einem gemeinsamen Verfassungsrat ausgearbeitete Verfassung für einen Kanton Basel 1969 vom Baselbieter Stimmvolk abgelehnt wurde.

Die für die Geschichte festgestellte Ambivalenz spiegelte sich auch in der Familiengeschichte mancher Anwesenden im Saal. So war der

Grossvater der Baselbieter Staatsarchivarin Regula Nebiker ein Befürworter der Wiedervereinigung, während ihr Vater Hans Rudolf Nebiker zu einem bekannten Gegner des Projekts wurde. Auch in meiner Familiengeschichte war der Grossvater Hans Tschopp-Kern als EVP-Landratspräsident noch ein Befürworter der Wiedervereinigung, während mein Vater Hans Rudi Tschopp dann 1969 ein überzeugtes Nein in die Urne legte. Die Grossväter erhofften sich durch den Zusammenschluss mit der Stadt mehr wirtschaftlichen Wohlstand, schliesslich waren die reichen Fabrikanten ja auch die Abnehmer der Seidenbündel. Die Väter waren bereits skeptischer, und tatsächlich blitzte an diesem Samstag mehr als einmal eine fast wehmütige Erinnerung an die «goldenen» 1970er-Jahre des Baselbiets auf.

Der ehemalige Baselbieter Ständerat Prof. René Rhinow betonte, dass auch die politischen Akteure jener Jahre von einer Aufbruchsstimmung erfasst wurden, die den Bau von Gymnasien und Spitälern, aber auch die Arbeiten an einer neuen Verfassung erst möglich machte. Vielleicht war diese Aufbruchsstimmung mit ein Grund für das Scheitern der Wiedervereinigungsidee 1969.

Die beiden Basel sind sich nah, sehr nah, was wohl kaum jemand bezweifelt. Streitig ist ja eigentlich nur die Frage, ob diese Nähe am besten mit gemeinsamen politischen Organen gelebt werden soll oder doch eher getrennt, wobei die Nähe dann durch das enge Geflecht der vielen partnerschaftlichen Verträge organisiert und gesteuert werden muss. Dass dies nicht immer einfach ist, bestätigten auch die beiden anwesenden grünen Regierungsräte Guy Morin und Isaac Reber. Für den Basler Regie-



Grüne Politiker/innen aus beiden Basler Halbkantonen diskutierten im Baselbieter Landratsaal. Foto Harald Friedl.

rungspräsidenten ist das Konzept der Partnerschaft eigentlich am Anschlag und kaum mehr gross ausbaufähig – für Isaac Reber ist aber auch die Wiedervereinigung nicht unbedingt ein Zukunftsprojekt, ist sie doch zu fest mit 1832 verknüpft. Sein Blick richtet sich eher noch weiter in die Zukunft, wo vielleicht einmal eine grössere Gebietsreform anstehen wird.

Der Nachmittag stand dann im Zeichen des Verfassungsrechts. Der ehemalige Jurist des Basler Justizdepartements, Urs Kamber, stellte die Verfassung von Basel-Stadt vor, Stefan Mathis und Hans Jakob Speich, beide Juristen in der Baselbieter Sicherheitsdirektion, erläuterten die Besonderheiten der Baselbieter Verfassung. Denise Buser, Professorin für kantonales öffentliches Recht an der Uni Basel, skizzierte schliesslich die Anforderungen, die an eine neue Verfassung für einen geeinten Kanton Basel zu stellen wären. Der gut verständliche Ausflug ins Verfassungsrecht zeigte auf, wie viele politische Entscheidungen sich in einem Verfassungstext verbergen. Ich war deshalb sicher nicht die Einzige, die sich am Ende des Tages gewünscht hat, dass die spannenden Diskussionen jenes Novembertags möglichst bald im Rahmen eines Verfassungsrats weiter geführt werden könnten!



Regina Werthmüller-Tschopp
Landrätin Grüne
Baselland

Aus dem Rathaus – Der Ausbau des Tramnetzes in der Behandlung der Kommission

Die Basler StimmbürgerInnen haben am 27. Februar 2005 mit 63,9 Prozent «Ja» zur Entwicklung des Erlenmattquartiers gesagt. Das neue lebendige Stadtquartier mit grossem öffentlichem Park ist zurzeit im Entstehen und soll nun, gemäss den damaligen Plänen, einen optimalen Tramanschluss erhalten.

Im Januar 2009 hat der Regierungsrat dem Grossen Rat den Ratschlag «Erlenmatt Erschliessung Ost und ÖV 1. Etappe» vorgelegt, worin er unter anderem einen Projektierungskredit von 1,0 Mio. Franken für die Erschliessung der Erlenmatt in einer 2. Etappe mit dem Tram beantragte. Die vorberatende Kommission des Grossen Rates (UVEK) hat vorgeschlagen, das Vorprojekt zwischen Badischem Bahnhof und Riehenring forciert weiterzuentwickeln. Diesem Vorschlag ist der Grosse Rat gefolgt. Im September 2012 hat der Grosse Rat dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zur Tramstadt Basel» (Traminitiative) zugestimmt. Das Tram Erlenmatt ist Bestandteil des darin beschlossenen Plans über den Ausbau des Tramstreckennetzes 2020.

Im Mai 2013 hat der Regierungsrat 4 Jahre nach dem Projektierungsbeginn den Ratschlag Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof vorgelegt. Die Realisierungskosten betragen 75 Millionen Franken. Separat vorgelegt hat er dem Grossen Rat das Vorprojekt für ein Veloparking am Badischen

Bahnhof. Die Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission hat dieses Geschäft dann in 4 Sitzungen beraten. Hauptthema bei der Behandlung des Ratschlags war das Verhältnis von Nutzen und Kosten des Trams Erlenmatt. Der detaillierte Inhalt dieser Sitzungen ist nicht öffentlich. Im Verlauf der Eintretensdebatte zeigte sich, dass die Haltungen innerhalb der UVEK zu verschiedenen sind, um dem Grossen Rat einen einzigen Antrag zu stellen. Die Kommission trennte sich deshalb am 19. Juni 2013 in Mehr- und Minderheit. Die Mehrheit formierte sich aus dem Grünen Bündnis, der SP und den Grünliberalen.

Für die Mehrheit – zu der die Grünen gehören – war klar, dass ein wichtiger Bestandteil des Projekts die Aufwertung des Vorplatzes am Badischen Bahnhof ist. Ohne neue Tramgleise in der Schwarzwaldallee bleiben die engen und chaotischen Zustände vor dem denkmalgeschützten Gebäude auf lange Zeit erhalten. Nur sichere und attraktive Umsteigeverbindungen zwischen Fernverkehr und Nahverteiler an diesem zweitwichtigsten Bahnhof der Region bewegen mehr PendlerInnen dazu, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Nebst dem Rosentalquartier und dem St. Johann bindet das künftige Tram auch die Novartis, deren Campus immer mehr Arbeitsplätze beheimatet, optimal an diesen Umsteigeknoten an.

Im Endausbau werden auf dem Entwicklungsgebiet Erlenmatt

4000 Personen leben – hinzu kommen zahlreiche Arbeitsplätze. Es braucht schon alleine deshalb die Erschliessung mit einem Tram, so wie es in der Volksabstimmung zur Erlenmatt versprochen wurde. In Basel benutzen nämlich 29 Prozent der EinwohnerInnen den öffentlichen Verkehr (nur 26 Prozent ein motorisiertes Fahrzeug – der Rest geht zu Fuss oder nimmt das Velo); Basel liegt damit vor Zürich. Für eine zusätzliche Tramstrecke vom Badischen Bahnhof in Richtung des aufstrebenden St.-Johann-Quartiers müssen Gleise in der Schwarzwaldallee auf dem Autobahntunnel verlegt werden. Dazu muss die Tunneldecke verstärkt werden – dies verursacht Mehrkosten. Ein Vergleich mit der in Umsetzung stehenden Tramverbindung ins Limmattal bei Zürich zeigt klar, dass sich die Kosten für das Basler Vorhaben im üblichen Rahmen bewegen.

Wir bekommen mit diesem Projekt auch das erste Teilstück des geplanten Trams über die Johannerbrücke zu den Spitälern, zur Uni und weiter an den Bahnhof SBB. Der heute dort verkehrende 30er-Bus ist massiv überbelegt. Und wir bekommen das erste Teilstück einer Tramverbindung in das Wettsteinquartier, womit auch das Roche-Areal an die Basler Bahnhöfe angebunden würde. Der Grosse Rat hat sich Ende Oktober den Argumenten der Mehrheit angeschlossen und dem Projekt zugestimmt. Gegen diesen Grossratsbeschluss wurde von bürgerlichen Kreisen das Referendum ergriffen. Die Bevölkerung wird am 18. Mai 2014 darüber abstimmen.

Unter <http://www.grosserrat.bs.ch/de/geschaefte-dokumente/datenbank> kann mit dem Stichwort «Erlenmatt» auf alle Dokumente zugegriffen werden.



Hier, vom Badischen Bahnhof aus, soll einst das Tram in die Erlenmatt starten und seinen Weg ins St. Johann fortsetzen. Foto Harald Friedl.



Michael Wüthrich
Grossrat Grüne Basel-Stadt, Präsident UVEK

Zum Nachlesen – Das Tunneldorf

Bei Tecknau (BL) verschwinden die Eisenbahnzüge im Berg und kommen auf der anderen Seite bei Olten (SO) wieder heraus. Die Hauenstein-Basisstrecke ist heute eine der meistbefahrenen Bahnlinien der Schweiz. Gebaut wurde der 8 km lange Tunnel in den Jahren 1912–1916 – hauptsächlich von italienischen Arbeitern. Diese waren auf Solothurner Seite bei Trimbach untergebracht. Auf Baselbieter Seite wohnten sie in Tecknau, wo innert kürzester Zeit Unterkünfte für mehrere Hundert Gastarbeiter gebaut werden mussten. In ihrem mit historischen Aufnahmen reich bebilderten Buch geben uns Heinz Spinnler und Luigi Coletti einen detailreichen Einblick in die Arbeit und die Freizeit der Tunnelbauer und zeigen die Veränderungen, die der Tunnelbau mit sich brachte. Hier kommen nicht nur „Eisenbähler“ auf ihre Kosten! (sto).



Luigi Coletti und Heinz Spinnler: *Bau der Hauenstein-Basislinie Sissach-Olten 1912–1916*. Eital-Verlag, Tecknau 2013. 313 Seiten, 48 Franken.

Apropos, auf der Website des Verlags gibt es einen sehenswerten Film zur Geschichte von Tecknau: www.eital-verlag.ch

Komitee «Ja zur Geschlechterquoten in Verwaltungsräten»



Das überparteiliche Gründungskomitee «Ja zur Geschlechterquote in Verwaltungsräten» anlässlich seiner Medienkonferenz vom 4. November 2013. In der Bildmitte prominent unsere beiden jungen Grünen Nora Bertschi und Laura Schwab (siehe Text rechts). Foto Philipp Schrämmli.

Schnelle Reaktion auf die Quotenkillerinnen

Das Referendum gegen die Quotenregelung in Verwaltungsräten von öffentlichen und halb-öffentlichen Betrieben hat in gewissen Kreisen grossen Unmut ausgelöst. Schnell wurde ein Komitee gegründet, das sich für Geschlechterquoten stark macht und sich im bevorstehenden Abstimmungskampf engagiert. Als Gründungsmitglieder dabei sind auch zwei grüne Politikerinnen: Laura Schwab, Co-Präsidentin junges grünes bündnis nordwest (jgb), und Nora Bertschi, Grossrätin Grüne Partei.

Frauen sind zurzeit in wichtigen Strategie- und Aufsichtsgremien untervertreten. In lediglich 4 Gremien (20%) der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen von Basel-Stadt sitzen 30% oder mehr Frauen. Dies obwohl sie gut ausgebildet sind, genauso Steuern bezahlen und Mitbesitzende der öffentlichen Betriebe sind. Um endlich eine besser durchmischte Zusammensetzung der Gremien zu erreichen, hat sich der Basler Grosse Rat am 18. September 2013 mit deutlichem Mehr für eine Quotenregelung in öffentlichen und halb-öffentlichen Betrieben entschieden: Frauen sollen künftig im Bankrat der Basler Kantonalbank, in den Verwaltungsräten der Basler Verkehrsbetriebe oder der Industriellen Werke Basel mindestens einen Drittel ausmachen. Gegen diese Vorlage wehren sich vor allem junge bürgerliche Politikerinnen. Sie argumentieren, unqualifizierte Frauen würden damit in Verwaltungsräte gewählt. Am 2. November 2013 haben diese Frauen, unterstützt von älteren bürgerlichen Politikerinnen und Politikern, das Referendum gegen die Quotenregelung eingereicht. Die Argumentationsweise der sogenannten Quotenkillerinnen ist nicht nachvollziehbar und kann nicht für sich alleine stehen gelassen werden. Bereits zwei Tage nach der Einreichung des Referendums wurde deshalb das überparteiliche und breit abgestützte Komitee „JA zu Geschlechterquoten in Verwaltungsräten!“ gegründet. Dieses lanciert mit der Homepage „www.geschlechterquoten-ja.ch“ die Kampagne für die Einführung von Geschlechterquoten. Bereits heute haben sich mehrere hundert Personen partei-, alters- und geschlechterübergreifend auf der Website eingetragen und versprechen damit ihre Unterstützung für eine längst angebrachte Geschlechterquote zur Förderung der Chancengleichheit und besseren Durchmischung der Verwaltungsräte öffentlich-rechtlicher und gemischtwirtschaftlicher Betriebe in Basel-Stadt.



Laura Schwab, Co-Präsidentin junges grünes bündnis nordwest (jgb)

«Sowohl in internationalen wie in nationalen Unternehmen sind Frauen in Führungspositionen untervertreten. Dies obwohl statistisch bereits mehrfach belegt wurde, dass mehr Frauen hochqualifizierte Abschlüsse an Fachhochschulen oder Universitäten anstreben und diese in der Folge dann auch abschliessen. Das ist eine Verschwendung von Potenzial. Ausserdem ist es unfair, junge Frauen aufgrund eines Schwangerschaftsrisikos unterzubehalten oder gar nicht erst einzustellen. Insbesondere gravierend ist diese Überlegung, wenn man bedenkt, dass der Nachwuchs von jungen Menschen unabdingbar ist, auch für unsere Wirtschaft. Gleiche qualitative Arbeit muss endlich gleich entlohnt werden. Als junge Frau wünsche ich mir mehr weibliche Vorbilder, auch in Unternehmen und Verwaltungsräten.»

Nora Bertschi, Grossrätin, Grüne

«Geschlechter-gemischte Gruppen analysieren und handeln allgemein differenzierter als homogen zusammengesetzte Gruppen. Die ausgewogene Besetzung von Verwaltungsräten trägt wesentlich zu einem nachhaltigeren Risikomanagement bei. In der Schweiz hat die homogene Zusammensetzung von Führungsorganen – insbesondere Quoten betreffend Sprache, Herkunft, Sozialpartnerschaft – geradezu Tradition. Dies heisst aber nicht, dass an die gewöhnlich untervertretenen Gruppierungen eingeschränktere Qualifikationsanforderungen gestellt würden. Spezialgesetze sowie die Corporate-Governance-Richtlinien verpflichten zur Wahl von qualifizierten Personen. Das Gerede von den so genannten Quotenfrauen, Frauen also, die unabhängig von ihrer Qualifikation in ein Gremium gewählt werden, ist damit vollkommen unbegründet.»



In dem breit abgestützten Komitee sind Politikerinnen und Politiker der Juso, SP, BastA!, aber auch der FDP vertreten. Zudem beteiligen sich Mitglieder der Akademikerinnen Vereinigung Basel sowie von Business and Professional Women Basel. Auch zwei grüne Politikerinnen, Laura Schwab, Co-Präsidentin junges grünes bündnis nordwest (jgb), sowie Nora Bertschi, Grossrätin Grüne Partei, haben das Komitee mitgegründet und engagieren sich im Abstimmungskampf. Das Komitee „JA zu Geschlechterquoten in Verwaltungsräten!“ ist auf eine möglichst breite Unterstützung angewiesen. Nähere Informationen zum Komitee und der Möglichkeit des Beitritts gibt es unter www.geschlechterquoten-ja.ch.

Nationale Abstimmungen vom 9. Februar 2014

Ja zu FABI – Ja zum Bahnland Schweiz

Mit einem JA zu «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI) am 9. Februar 2014 stellen wir den Bahnverkehr auf eine solide finanzielle Grundlage. Das Kernstück dieser Abstimmungsvorlage ist der Bahninfrastrukturfonds (BIF). Er sichert erstmals zeitlich unbefristet den Unterhalt und den gezielten Ausbau des Zugverkehrs.

Das Schweizer Volk stimmt am 9. Februar über die öV-Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) und damit über das Bahnland Schweiz ab. FABI ist eines der wichtigsten verkehrspolitischen Geschäfte der letzten Jahre. Damit werden der Unterhalt, der Betrieb und ein gezielter Ausbau des Schienenverkehrs dauerhaft sichergestellt.

Konkreter Nutzen STEP by STEP

Vom ersten Ausbauschnitt, dem sogenannten STEP1 bis 2025, profitiert unmittelbar auch die Region Basel. Ein JA zu FABI ermöglicht den Ausbau des Bahnknotens

Basel SBB für mehr Pünktlichkeit und dichtere Fahrpläne. Zwischen Basel und Liestal kann endlich die Infrastruktur für den Viertelstundentakt auf der S-Bahn gebaut werden. Schliesslich schafft FABI Platz für den zuverlässigen, klimafreundlichen Gütertransport auf der Schiene. Das ist hier am «Gütertor zur Schweiz» besonders wichtig.

Die Umwelt profitiert

In der Schweiz verschlingt der Verkehr rund einen Drittel des gesamten Energiebedarfs. Davon entfallen aber bloss vier Prozent auf die Bahn. Die Bahn nimmt zudem schweizweit nur zehn Prozent der Verkehrsfläche in Anspruch, das Strassen- und Autobahnnetz hingegen den ganzen Rest. Die Bahn stösst von allen Fahrzeugen am wenigsten CO₂ aus. Aus Sicht von Natur- und Umweltschutz ist es dringend, dass wir konsequent auf die klima- und landschaftsschonende Schiene setzen. FABI ist gut gegen schlechte Luft, Klimawandel und Flächenverschleiss und entlastet gleichzeitig die Strassen für



Ein guter Zug der Schweiz

diejenigen Fahrten, die tatsächlich aufs Auto angewiesen sind.

Seite an Seite für einen starken öffentlichen Verkehr

PolitikerInnen, Fahrgäste und Angestellte des öffentlichen Verkehrs engagieren sich in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gemeinsam für die öV-Vorlage FABI vom 9. Februar. Die Grünen BS sind Mitglied im breit abgestützten «Regionalkomitee beider Basel» und setzen sich kraft- und schwungvoll für diese zukunftsweisende Vorlage ein. Ziehen Sie mit! Weitere Informationen unter www.öV-Allianz.ch



Stephanie Fuchs
VCS beider Basel,
Sekretariat Regionalkomitee
«JA zu FABI»

Nein zur Initiative «Abtreibung ist Privatsache»

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» will die Abtreibung aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung streichen. Die Initianten wollen damit angeblich die Krankenkassen entlasten. Allerdings würden dadurch nur etwa 0,03 Prozent der Gesundheitskosten eingespart.

In Wahrheit geht es den christlich-konservativen Initianten um einen Angriff auf die 2002 in der Schweiz eingeführte sogenannte Fristenregelung. Diese erlaubt in den ersten 12 Wochen einen straffreien Schwangerschaftsabbruch, dessen Finanzierung über die Grundversicherung der Krankenkassen geregelt ist. Die Fristenlösung wurde nach einem klaren Abstimmungs-Ergebnis mit 72 Prozent Ja-Stimmen einge-

führt und ist heute breit akzeptiert. Sie hat zu keiner Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche geführt, wie dies die Gegner behaupteten und wie dies auch durch die zur Abstimmung gelangende Initiative suggeriert wird. Die Schwangerschaftsabbrüche haben sogar leicht abgenommen, und dies bei einer gleichzeitig wachsenden Bevölkerung in der Schweiz.

Die Übernahme der Kosten durch die Krankenkasse ist ein wichtiger Bestandteil der Fristenregelung. Der schwierige Entscheid eines Schwangerschaftsabbruches wird von den Frauen nicht leichtfertig getroffen, aber die Finanzierung der Abtreibung sollte dabei weiterhin keine Rolle spielen. Wenn der Schwangerschaftsabbruch nicht mehr über die Krankenkasse finanziert würde, wäre auch zu

befürchten, dass es wieder zu unprofessionell durchgeführten Abtreibungen käme, die die Gesundheit der Frauen gefährden würden. Es ist ausserdem auch nicht einsichtig, weshalb ausgerechnet bei Frauen in Not, die sich zu einem Schwangerschaftsabbruch entschliessen, der Solidaritätsgedanke der Krankenkassen nicht spielen sollte und die Frauen alleine bezahlen sollten.

Der Vorstand der Grünen Basel-Stadt hat aus diesen Gründen ein Nein zu der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» beschlossen.



Elisabeth Ackermann
Co-Präsidentin
Grüne Partei BS,
Grossrätin

SVP-Ideologie ist das Problem, nicht die Einwanderung

Einmal mehr möchten NationalistInnen die Schweiz auf europäischer Ebene isolieren. Dabei dienen die EinwandererInnen als Sündenböcke für hausgemachte Probleme.

Friedrich Dürrenmatt hat einst die Schweiz als Gefängnis beschrieben, das den Zweck hat, das feindliche Europa des Zweiten Weltkriegs auszusperren. Die SchweizerInnen seien dabei sowohl das Wachpersonal als auch die Gefangenen selbst. Einige MitbürgerInnen sind mit der Initiative gegen Masseneinwanderung dabei, den Schlüssel zum Gefängnis Schweiz endgültig wegzwerfen und die Schweiz aus Europa wegzuschliessen. Dabei ist nicht weniger, sondern mehr Europa nötig – egal ob institutionell oder bilateral. Was die SVP mit der Initiative will, ist eine Rückkehr zum System der Kontingente aus den 1960er-Jahren und die Neuaushandlung aller dem Kontingentsprinzip widersprechenden Verträge.

Grüne Ideen sind die Lösung

Die InitiantInnen werben mit vollen Zügen, zugebauten Landschaften, teuren Mietzinsen, hohen Sozialkosten und Identitätsverlust für ihre Initiative und vergessen dabei geflissentlich, dass sie selbst die Schuld für den Reformstau in der Schweiz mittragen.

Über Jahre hinweg wurde eine Raumplanungspolitik verhindert: erst die Annahme des neuen Raumplanungsgesetzes im März 2013 bietet die Chance, eine verdichtet bebaute Schweiz zu verwirklichen. Gleiches gilt im Zusammenspiel mit einer Raumplanungspolitik für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, der mit der Abstimmung zu FABI endlich mehr Gelder erhalten sollte.

Spielen mit dem Feuer

Wird aber die Masseneinwanderungsinitiative angenommen, steht der bilaterale Weg auf dem Spiel. Denn die Personenfreizü-

gigkeit müsste beendet werden und die EU müsste die bilateralen Verträge ebenfalls via Guillotine-Klausel kündigen, wollte sie der Schweiz im Gegensatz zu allen Mitgliedsstaaten nicht Privilegien gewähren und somit ihr Gesicht verlieren.

Den NationalistInnen muss klargemacht werden, dass die Schweiz ein Teil von Europa ist. Sie vergessen, dass die Freunde der Schweiz nicht in Peking oder Riad sitzen, sondern in den europäischen Hauptstädten. Die Schweiz braucht Europa mindestens so sehr wie umgekehrt. Eine in Europa isolierte Schweiz wäre das Resultat und schliesslich der GAU der schweizerischen Aussenbeziehungen.



Oliver Thommen
Sekretär Grüne BS,
Historiker und Islamwissenschaftler

Grüne Riehen – Notiz aus dem Wahlkampf

In Riehen sind Wahlen. Dementsprechend gehässig wirkt bei vielen Parlamentarierinnen und Parlamentariern der Ton. Wir besinnen uns auf unsere pazifistische Tradition und überlassen die Gehässigkeiten den anderen.

In diesem Sinne wünschen wir allen einen guten Start ins neue Jahr – auf dass es ein gutes Jahr werde mit vielen positiven Überraschungen für alle.



Die Kandidatinnen und Kandidaten für den Einwohnerrat in Riehen: hintere Reihe, v.l.n.r.: Christine Spalinger, Ruedi Bieri, Pia Tereh-Kilius, Thomas Mühlemann-Meier, Franziska Starck, Andreas Tereh, Marianne Hazenkamp, Christine Birchler, Robert Planzer, Ahmet Argüz. Vordere und mittlere Reihe, v.l.n.r.: Margrit Jungen-Fackler, Sascha Iselin, Daniel Lehmann-Pollheimer, Peter Mock.

Infomarkt und Varia

Interna

Höchste Schweizerin auf Besuch

An unserer gut besuchten Mitgliederversammlung vom 30. Oktober 2013 in der Mitte durften wir Maya Graf begrüßen. Aufgestellt wie immer berichtete Maya aus ihrem Jahr als Nationalratspräsidentin, über Höhepunkte, aber auch über ihre negativen Erfahrungen.

Maya Graf ist seit dem Dezember 2013 nicht mehr Nationalratspräsidentin. Doch ihr Präsidialjahr war ein nachhaltiges. Maya verstand es, mit viel Herz und Überzeugung ein positives Bild der Grünen in der Schweiz zu verankern. Wir vermissen Maya schon jetzt als höchste Schweizerin und sagen nochmals ganz herzlichen Dank für ihre Verdienste.



Maya Graf an unserer Mitgliederversammlung vom 30.10.13. Foto Harald Friedl.

Interna

Merci, Eveline

Seit Dezember 2013 ist Eveline Rommerskirchen nicht mehr auf dem Sekretariat der Grünen Basel-Stadt. Auf den Seiten 2–3 findet ihr ein Interview mit ihr.

Parolen

Nationale Abstimmungen vom 9. Februar 2014:

JA zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI, Gegenvorschlag zur Initiative «Für den öffentlichen Verkehr»)

NEIN zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

NEIN zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung»

Die Parolen zu den nationalen Vorlagen wurden an der Vorstandssitzung der Grünen Partei Basel-Stadt vom 13. November einstimmig gefasst. Beiträge zu allen drei Abstimmungsvorlagen findet ihr auf den Seiten 10–11.

Parolen

Kantonale Abstimmungen vom 9. Februar 2014

- Grossratsbeschluss betreffend Änderung des Einführungsgesetzes über die Gleichstellung von Mann und Frau (Geschlechterquote)

Den Artikel zu dieser Vorlage findet ihr auf siehe 9.

Änderungen der Kantonsverfassung über:

- die Anpassung der Vorschriften an das neue Erwachsenenschutzrecht des Bundes
- die Einführung des Ständeratswahlrechts für Auslandschweizer

Die Parolen zu den kantonalen Abstimmungen wurden nach Drucklegung des Grünen Pfeffers an der Mitgliederversammlung vom 14. Januar gefasst. Die Parolen sind auf unserer Website www.gruene-bs.ch publiziert.

Alle Infos und Veranstaltungen auf:

www.gruene-bs.ch

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- Ich will Mitglied werden! Jahresbeitrag 170.– (Reduktion für Erwerbslose)
- Ich interessiere mich für die Grüne Partei! Bitte nehmt mit mir Kontakt auf
- Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer! Fr. 25.–

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: Grüne Basel-Stadt, Güterstrasse 83, Postfach 1442, 4001 Basel
E-Mail: sekretariat@gruene-bs.ch

Konto: PC 40-19338-4
Website: www.gruene-bs.ch